

... In dieser Situation bleibt dem kurdischen Volk keine andere Alternative, als das eigene demokratische freiheitliche Leben in legitimer Form selbst zu gründen. Demokratische Autonomie ist Ausdruck dafür, dass das kurdische Volk nicht mehr ohne einen verbindlichen Status unter einer Regierung leben will, die in der aktuellen Situation seine Existenz bedroht. Weltweit gibt es kein weiteres über vierzig Millionen Menschen zählendes Volk, dessen Rechte jedoch komplett ignoriert werden. Demokratische Autonomie bedeutet die Ablehnung des politischen Status, den der türkische Staat den Kurden auf der Basis einer Politik von Verleugnung und Vernichtung zugebracht hat, und die Annahme eines neuen Status, der auf Freiheit und Demokratie setzt. ...



Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK):

## Vorlage eines Modellentwurfs für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan

mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech

Januar 2011

**Vorwort:**

Prof. Dr. Norman Paech | Völkerrechtler  
und ehemaliger Bundestagsabgeordneter 5

**Der Demokratischer Gesellschaftskongress 11**

**Vorlage eines Modellentwurfs für ein  
Demokratisches Autonomes Kurdistan 18**

1- Kurze Vorgeschichte 18

2- Notwendigkeiten der aktuellen  
Situation und generelle Grundsätze  
der demokratischen Autonomie 22

3- Die acht Dimensionen des Modells  
der demokratischen Autonomie 30

3.1- Politische Dimension 30

3.2- Juristische Dimension 34

3.3- Die Dimension der  
Selbstverteidigung 38

3.4- Kulturelle Dimension 40

3.5- Soziale Dimension 43

3.6- Wirtschaftliche Dimension 47

3.7- Ökologische Dimension 51

3.8- Diplomatische Dimension 54

**Demokratische Autonomie als  
Selbstorganisation der Bevölkerung  
Baki Gül, Journalist und Soziologe 56**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie über das friedliche Lösungsmodell des *DTK (Kongress für eine demokratische Gesellschaft)* bzgl. des Konflikts in der Türkei/Kurdistan informieren.

Beim DTK handelt es sich um eine Demokratieplattform mit über 800 Delegierten, die sich durch die Teilhabe hunderter ethnischer, politischer und religiöser Gruppen in der Türkei nach dem Vorbild des *Afrikanischen Nationalkongresses (ANC)* zusammensetzt. Der DTK hat unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen 2007 mit der Losung „*Demokratische Türkei und autonomes Kurdistan*“ Diskussionen geführt und als Ergebnis der Diskussionen hat der DTK seit Dezember 2010 eine Vorlage eines Modellentwurfs für ein „Demokratisches Autonomes Kurdistan“ der Öffentlichkeit erörtert.

Das Projekt der Demokratischen Autonomie, welches durch die Studien der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan auf die Agenda gekommen ist, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Öcalan nannte das Konzept der Demokratischen Autonomie das Lösungsprojekt des kurdischen Volkes.

Das Lösungsmodell, die sogenannte *Demokratische Autonomie*, beruht auf dem Selbstbestim-

mungsrecht der Völker und wurde bereits durch die im Parlament vertretene *BDP (Partei für Frieden und Demokratie)* der kurdischen Bevölkerung präsentiert und erfuhr großen Zuspruch. Kernelement des Modells soll eine neue Verfassung sein, die dem kurdischen Volk und anderen ethnischen Minderheiten die gleichen Lebensrechte, den gleichen politischen Status und die gleichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten wie dem türkischen Volk einräumt. Die *bestehenden Staatsgrenzen werden anerkannt* und sollen somit unberührt bleiben, so dass im Rahmen des *demokratischen Konföderalismus* die Regionalverwaltung Beziehungen und Kooperationen unabhängig von der Zentralmacht zu den Kurden in Syrien, Irak und Iran aufbauen kann.

Das Lösungsmodell der DTK wurde aus dem Türkischen ins Deutsche übersetzt und Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, leitet den Lösungsvorschlag mit einem Vorwort ein.

Falls Fragen oder weiterer Informationsbedarf bestehen, so stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

**ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.**

[www.isku.org](http://www.isku.org)

[isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org)

## Vorwort:

**Prof. Dr. Norman Paech | Völkerrechtler und  
ehemaliger Bundestagsabgeordneter**

Der Demokratische Gesellschaftskongress hat ein Projekt vorgeschlagen, mit dem das Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes in der Türkei auf demokratischer Basis neu organisiert und damit friedlich gestaltet werden soll. Das Konzept „Demokratische Autonomie“ versteht sich als ein Vorschlag zur Demokratisierung der gesamten Türkei. Kernelement soll eine neue Verfassung sein, die dem kurdischen Volk die gleichen Lebensrechte, den gleichen politischen Status und die gleichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten wie dem türkischen Volk einräumt.

Es hat lange gedauert, bis die ca. 15 Mio. Kurden in der Türkei überhaupt als ein Volk anerkannt

wurden. Ihm stehen daher nicht nur die beschränkten Minderheitenrechte, sondern das umfassendere Recht auf Selbstbestimmung zu, wie es in den Art. 1 der beiden Internationalen Menschenrechtspakte von 1966 kodifiziert ist: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“ Dieses Recht hat die UNO-Generalversammlung 1970 noch einmal in ihrer „Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen“ (sog. Prinzipiendeklaration) mit den Worten bestätigt: „Auf Grund des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker haben alle Völker das Recht, frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten, und jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht im Einklang mit den Bestimmungen der Charta zu achten ...“.

Seit diesem Zeitpunkt wird das Recht auf Selbstbestimmung nicht mehr nur als politisches Prinzip oder unverbindliche Programmatik in den internationalen Beziehungen, sondern als ver-

bindliche Regel des internationalen Gewohnheitsrechts im Range zwingenden Rechts (*ius cogens*) angesehen. Dies hat die UN-Generalversammlung in zahlreichen Resolutionen immer wieder bekräftigt. Die International Law Commission hat das Selbstbestimmungsrecht schon vor 1970 als *ius cogens* anerkannt und später seine Verletzung als ein Internationales Verbrechen angeführt. Der Internationale Gerichtshof hat seine verbindliche Geltung als Gewohnheitsrecht in seinen Gutachten zu Namibia und zur Westsahara sowie in seinem Rechtsstreit zwischen Nicaragua und den USA bestätigt. Und so bestimmt Art. 20 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker vom 27. Juni 1981: „Alle Völker haben ein Existenzrecht. Sie haben das unbestreitbare und unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung. Sie entscheiden frei über ihren politischen Status und gestalten ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach der von ihnen frei gewählten Politik.“

Zu jener Zeit bedeutete das Selbstbestimmungsrecht sogar, dass sich die kolonial unterdrückten Völker von ihren Kolonialmächten trennen konnten. Es war gleichbedeutend mit dem Recht auf Gründung eines souveränen und unabhängigen Staates. Doch mit dem Ende des Dekolonisierungsprozesses wurde das Sezessionsrecht zunehmend durch die Verpflichtung einge-

schränkt, die bestehenden Grenzen zu respektieren. Heute wird das Recht auf Sezession allgemein abgelehnt und nur noch in den Fällen anerkannt, in denen z. B. dem Volk die grundlegenden Menschenrechte dauernd vorenthalten werden oder seine Existenz durch den weiteren Verbleib im Staatsverband bedroht wird.

Der Entwurf des Demokratischen Gesellschaftskongresses erkennt die bestehenden Grenzen der Türkei ausdrücklich an und begrenzt sein Autonomiemodell auf das türkische Staatsgebiet. Es zählt acht verschiedene Dimensionen auf, die alle legitime Aspekte des Rechts auf Selbstbestimmung erfassen. Eine Grundvoraussetzung all dieser Dimensionen des Selbstbestimmungsrechts betrifft die Achtung der ethnischen Identität eines Volkes und seiner kulturellen Besonderheit. Hier geht es um die Bewahrung und Selbständigkeit historisch gewachsener Eigenheiten, die nicht nur die Sprache und Religion, sondern alle Bräuche, Traditionen und Riten umfassen, sofern sie nicht die Selbständigkeit anderer Kulturen einschränken oder gefährden. Genauso wie die territoriale Dimension des Selbstbestimmungsrechts nur durch die Anerkennung eines kollektiven Rechts auf Siedlung und Heimat des Volkes erfüllt werden kann, ist auch das kulturelle Selbstbestimmungsrecht im weitesten Sinn ein kollektives Recht. D. h. dass ein solches Recht nicht allein durch die Gewährung des Gebrauchs



der eigenen Sprache und der eigenen Bräuche durch die Angehörigen des Volkes eingelöst wird. Nicht das individuelle Angebot einzelner Ansprüche zur Ausübung kultureller Eigenheiten entspricht dem Selbstbestimmungsrecht, sondern nur die Anerkennung der kollektiven Identität eines Volkes als historisches Subjekt der eigenen selbständigen Entwicklung führt zur Verwirklichung dieses Rechts. Das bedeutet z. B. konkret, dass sich das Selbstbestimmungsrecht nicht in Abwehransprüchen gegenüber Einmischungsversuchen von Regierung und Verwaltung in eigene kulturelle Initiativen und Aktivitäten erschöpft, sondern Leistungsansprüche an den Staat formuliert. Es genügt also nicht, den Angehörigen des Volkes zu erlauben, eigene private Schulen mit muttersprachlichem Unterricht und Pflege der eigenen kulturellen Tradition einzurichten. Der Anspruch geht auf gleichberechtigte Einrichtung derartiger Möglichkeiten im staatlichen Schul- und Erziehungswesen.

Die Dimension der Selbstverteidigung und Diplomatie sprengt nur scheinbar die territorialen Grenzen der Türkei. Jedes Volk hat ein Recht auf Schutz seiner Sicherheit, seiner Identität, seiner Organisation des politischen Gemeinwesens und der Umsetzung seines Anspruchs auf Demokratie. Es geht also nicht nur um militärische Verteidigung, sondern vielmehr auch um die zivile, politische und juristische Verteidigung der demo-

kratischen Organisation des Volkes. Darüber hinaus hat sich gerade das kurdische Volk in seiner Geschichte einer Vielzahl gewaltsamer Interventionen und Angriffe erwehren müssen. Gegen diese Gefahren müssen sich die Kurden auch in Zukunft wappnen. Die Tatsache, dass die Kurden über vier Staaten verteilt leben, bestimmt die Richtung der diplomatischen Dimension. Sie durchbricht und verletzt nicht die Souveränität des türkischen Staates, sondern ermöglicht und erleichtert die nachbarschaftlichen Beziehungen, so wie seinerzeit die Aseri in der sowjetischen Republik Aserbeidschan zur Erleichterung des nachbarschaftlichen Verkehrs diplomatische Beziehungen zum Iran pflegten, wo der andere Teil der Aseris lebt.

Autonomie und Selbstverwaltung sind unabdingbare Elemente des Selbstbestimmungsrechts. Dieses Recht ist absolut zwingend und macht es zur Pflicht eines jeden Staates, den in ihren Grenzen lebenden Völkern den Raum von Autonomie zu eröffnen, in dem sie als gleichberechtigter Teil in einer demokratischen Gesellschaft wirken können. Hierzu macht der Entwurf für ein demokratisches autonomes Kurdistan einen bemerkenswerten Vorschlag. ♦

## Der Demokratischer Gesellschaftskongress

Geschichte:

Der Demokratische Gesellschaftskongress (DTK) wurde 2005 in Amed/Diyarbakir als ein Dachverband der regionalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, politischen Parteien sowie anerkannter Persönlichkeiten und AktivistInnen gegründet. Basis des Dachverbandes ist die gemeinsame Sichtweise der kurdischen Identität und Einheit – unabhängig von der ideologischen Position oder Parteizugehörigkeit der Mitglieder. Eine derartig pluralistische Struktur war eines der wesentlichen Anliegen der kurdischen Bevölkerung, weil die DTP [2008 *verbotene Partei*] aufgrund ihrer strukturellen Bindung im Parteiensystem nicht die Kapazität hatte, die gesamte Bevölkerung der kurdischen Regionen unter ihrem Dach zu vereinen und zu repräsentieren.

Seit seiner Gründung hat der DTK sich flächendeckend organisiert und wird von weiten Teilen der Bevölkerung wie auch der internationalen Öffentlichkeit anerkannt. Parallel zur fortschreitenden demokratischen Organisierung und der Erweiterung der Teilhabe der kurdischen Bevölkerung an Ent-

scheidungen hat der DTK seine Aufgaben wahrgenommen. Hatip Dicle, einer der bekanntesten kurdischen Politiker, wurde zu einem der zwei Co-Vorsitzenden gewählt. Der DTK ist keine politische Partei, sondern ein Kongress der vielfältigen kurdischen Gruppierungen, Religionsgemeinschaften, Trends und Weltanschauungen; KurdInnen, AssyrerInnen, AraberInnen, TurkmenInnen, religiöse MuslimInnen, AlevitInnen, ChristInnen, SozialistInnen, muslimische DemokratInnen, Liberale und NationalistInnen sind im Kongress organisiert. Dadurch, dass seitens der Delegierten, des Ältestenrats, der Kommissionen und der Räte regelmäßig entscheidungsrelevant diskutiert wird, repräsentiert der DTK die Anliegen und Rechte der Bevölkerung in den kurdischen Regionen.

Überblick über den Kongress:

Als erfolgreiches, rechtmäßiges und basisorientiertes Zentrum partizipierender demokratischer Politik erweckte der Demokratische Gesellschaftskongress sehr schnell die Aufmerksamkeit der Justizbehörden und der Polizei. Viele seiner Mitglieder wurden verfolgt und inhaftiert. Schließlich wurde 2008 auch Hatip Dicle inhaftiert. Im Juni 2011 wählte die Bevölkerung von Amed/Diyarbakır ihn als unabhängigen Kandidaten in die Große Nationalversammlung [*das türkische Parlament*]. In verfassungswidriger Weise wurde ihm sein Mandat aberkannt – ebenfalls verfassungswidrig blieb Dicle, trotz durch Wahl erlangter Immunität, in Haft. Im August

2010 wurden die prominenten PolitikerInnen Ahmet Türk und Aysel Tuğluk, die zuvor als ParlamentarierInnen der DTP Politikverbot erhalten hatten, mit großer Mehrheit zu Co-Vorsitzenden des DTK gewählt. Im Juli 2011 wurden beide in ihren Ämtern bestätigt.

#### Organisationsform des Kongresses

Der DTK ist von unten nach oben – in parallelen, basisdemokratischen Organisationsstrukturen – in 15 Provinzen der kurdischen Region und 4 westlichen Metropolen organisiert. Auf der Ebene der Provinzen/Regionen gibt es Stadträte, die sich aus den RepräsentantInnen der Kommunalverwaltungen (BürgermeisterInnen, VizebürgermeisterInnen, StadträtInnen) sowie VertreterInnen von NGOs, religiösen Gemeinden und Frauen- und Jugendorganisationen zusammensetzen. In diesen Stadträten sind jeweils mindestens 101 Mitglieder vertreten. Dabei wird eine Geschlechterquote von 40 % eingehalten. Aus diesen Räten wird der permanente Rat des DTK gewählt, eine Versammlung von ebenfalls 101 Mitgliedern, die in Amed/Diyarbakır tagt.

Das Vorstandsgremium des DTK besteht aus 5 Personen und wird von den beiden Co-Vorsitzenden geleitet. Neben der Versammlung arbeiten u. a. folgende Komitees: das Komitee für Organisationsfragen, das Diplomatie-Komitee, das Komitee für Glaubens- und Religionsfragen, das Gerechtigkeits-

komitee, das Wissenschafts- und Bildungskomitee, das Komitee für kurdische Sprache und Erziehung, das Komitee zur Befreiung der Frau und das Jugendkomitee. Diese berichten alle 45 Tage auf den Versammlungen des permanenten Rates.

### Wichtige Entscheidungen und Aktivitäten des DTK

Erstens: Zur Jahresversammlung des DTK werden 800 Mitglieder geladen. Dort werden jeweils die Organisationsstrukturen erneuert und die VertreterInnen der Provinzen gewählt. In Übereinstimmung mit der Befreiungsbewegung und dem Plan zur Demokratisierung der Türkei erläutert der DTK seine Positionen und trifft bedeutende Entscheidungen. Auf der Jahresversammlung 2010 rief das Vorstandsgremium des DTK gemeinsam mit 670 VertreterInnen von NGOs die türkische Regierung und die KCK zu einem bilateralen Waffenstillstand auf. Dadurch verdeutlichte der DTK seine wichtige und unverzichtbare Rolle bei der Durchsetzung des sozialen Friedens und für die Entwicklung eines politischen Dialogs in der Türkei. Dem folgend erklärten Abdullah Öcalan auf Imralı und die KCK einen 8-monatigen Waffenstillstand – der längste in der Geschichte des bewaffneten Konflikts zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Befreiungsbewegung.

Zweitens: Der DTK traf auf seiner Jahresversammlung 2011 mehrere wichtige Entscheidungen. Der Kongress rief in Übereinstimmung mit den Subsidi-

diaritätsprinzipien der EU und den Regulierungen der Vereinten Nationen zum Schutze der Völker die „Demokratische Autonomie“ aus. Im Verlauf der Versammlung riefen die TeilnehmerInnen nationale und internationale Gremien dazu auf, Herrn Abdullah Öcalan und die KCK als Verhandlungspartner in einem Friedensdialog anzuerkennen und einen Diskussionsprozess über eine neue türkische Verfassung vorzubereiten, die in Einklang mit den universellen Menschenrechten sowie international anerkannten kollektiven Rechten und Freiheiten steht.

Drittens: Jedes Komitee des DTK arbeitet kontinuierlich an der Institutionalisierung der Grund- und Freiheitsrechte der kurdischen Bevölkerung in einer faktischen Demokratie und versucht die Große Türkische Nationalversammlung dazu zu bewegen, eine Verfassung zu gestalten, die gelte dem internationalem Recht und demokratischen Standards entspricht. 2010 veranstaltete das Komitee für Regionalregierung und Ökologie einen Workshop zur „Demokratischen Autonomie“. Dieser Workshop wurde von türkischen und kurdischen Intellektuellen besucht, die in den Mainstream-Medien darüber berichteten. Über längere Zeit bestimmten diese Berichte den Diskurs über mögliche Lösungswege in der kurdischen Frage. Das Komitee für kurdische Sprache lancierte eine Kampagne für bilinguale Rechte im öffentlichen Leben in den kurdischen Regionen. Das Komitee für Glaubens- und Religionsfragen initiierte

Workshops zur Toleranz zwischen den Glaubensgemeinschaften, z. B. der AlevitInnen, JezidInnen, SunnitInnen, und dem Staatsapparat.

#### Internationale Diplomatie und Besuche

Seitdem die zentrale Rolle des DTK bei der Entwicklung und Gestaltung einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage deutlich geworden ist, bestehen Kontakte auf internationaler Ebene. Eine unabhängige Kommission der EU unter der Leitung von Marti Ahtisaari besuchte den DTK und traf die Co-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tuğluk in Amed/Diyarbakır. Eine Delegation der Europäischen SozialistInnen besuchte den DTK und wurde im Gespräch mit den Co-Vorsitzenden über die derzeitige Situation informiert. Botschafter aus Großbritannien, den USA, Frankreich, Deutschland, der türkischen Delegation der EU, Norwegen und der Schweiz haben die Co-Vorsitzenden des DTK mehrmals zu Gesprächen eingeladen.

#### Aussichten und zukünftige Projekte

Der Demokratische Gesellschaftskongress, die die Mehrheit der Menschen einbeziehende und demokratisch legitimierte Vertretungsstruktur der kurdischen Bevölkerung in der Türkei – das höchste Gremium der faktisch existierenden „Demokratischen Autonomie“ in Kurdistan –, wird seit dem 14. Juli 2011 besonders hart von der AKP-Regierung attackiert. Der 14. Juli 2011 ist das Datum der Ausrufung der „Demokratischen Autonomie“,



die in respektvoller Anlehnung an die Französische Revolution von 1789 und die Freiheitskämpfer, die 1982 im Gefängnis von Amed/Diyarbakır als Märtyrer im Todesfasten gestorben waren, deklariert wurde. Es ist eine historische Notwendigkeit, dass der DTK, trotz der Angriffe durch die Polizei und die Justizbehörden sowie die Repressionspolitik der AKP-Regierung, weiterbesteht, um dem Friedensprozess in der Türkei den Weg zu ebnen. Die Auflösung des DTK würde eine erneute Ausweitung weiterer gewaltförmiger Konflikte nach sich ziehen. Ahmet Türk und Aysel Tuğluk als Vorsitzende sowie Ayla Akat Ata, Demir Çelik und weitere Mitglieder des Koordinationskomitees und weitere ParlamentarierInnen in Ankara haben versucht – und werden weiter fortfahren –, Interessierte über die Rolle des DTK zu informieren und die Notwendigkeit der Beteiligung des Kongresses an Friedensverhandlungen und im Friedensprozess zu bekräftigen.

Demokratischer Gesellschaftskongress  
Außenpolitische Abteilung

## Vorlage eines Modellentwurfs für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan

### Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK)

#### 1- Kurze Vorgeschichte

Bekanntlich sind die Kurden, die zu den ältesten Völkern Mesopotamiens gehören, wo die neolithische landwirtschaftliche Revolution in der Morgendämmerung der Menschheitsgeschichte stattgefunden hat, als Resultat einer Politik der Ignoranz und der Vernichtung mit der Gefahr eines Genozids konfrontiert. Aus nationalstaatlicher Sicht wird Kurdistan als Ausdehnungsgebiet für die eigene ethnische Nation der Besatzungsmächte betrachtet; dementsprechend werden Methoden der Unterdrückung, des Missbrauchs und der Assimilation eingesetzt. Wenn es den kurdischen Widerstand gegen dieses unmenschliche Ziel nicht geben würde, stünde diese Kul-

tur, die mit einer Stammzelle der Menschheit vergleichbar ist, vor der Auslöschung.

Als die ersten vom Staatsgedanken geprägten Zivilisationen und Imperien in Niedermesopotamien entstanden, richteten sie ihr Augenmerk auf Kurdistan. Aus diesem Grund gehören die Kurden historisch zu den Völkern, die traditionell einen Befreiungskampf führten. Der ständige Druck von Staaten und Imperien führte einerseits dazu, dass das kurdische Volk sich in Form von Stammeskonföderationen verteidigte; auf der anderen Seite entstand innerhalb der dadurch erstarkenden Strukturen eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung und des Zusammenlebens mit den Nachbarvölkern. Auch innerhalb staatlicher Strukturen gelang es den Kurden auf gewissem Niveau, ihre Autonomie zu wahren und ihre Existenz zu erhalten.

Nachdem die nationalstaatliche Mentalität der kapitalistischen Moderne und der Nationalismus als ihre Ideologie ihren Einzug in den Mittleren Osten gehalten hatten, entstanden für die Völker dort schwerwiegende politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Problemfelder. Wie auch weltweit wurden Völker, die mit dem pathologischen Nationalismus in Berührung kamen, zu Feinden anderer Völker gemacht. Nationalstaaten starteten einen systematischen Angriff bestehend aus Verleugnung, Vernichtung

und Assimilation auf die Kulturen anderer Völker. So stehen die Kurden kurz davor, ihre vor-kapitalistische Autonomie zu verlieren.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgten die herrschenden türkischen, arabischen und persischen Eliten, die für eine nationalstaatszentrierte Denkweise standen und sich aus der destruktiven Energie des Nationalismus formierten, mit Unterstützung der unter ihrem Einfluss stehenden Gesellschaften eine systematische Politik der kulturellen und physischen Vernichtung gegen die Kurden. Aus diesem Grund waren die Kurden der Unterdrückung unter den türkischen, arabischen und persischen Nationalstaaten ausgesetzt. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts bestand die Gefahr des kompletten Verlusts ihrer kulturellen Existenz, insbesondere in Nordkurdistan als Resultat der ignoranten Politik der Türkei.

Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts herrschende jungtürkische Politik der „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“, aus den übrig gebliebenen Territorien des Osmanischen Reiches einen Nationalstaat zu schaffen, führte zu großem Leid der anderen Völker und wurde in den kurdisch-türkischen Beziehungen zur ideologischen und politischen Grundlage des Beginns eines Vernichtungsprozesses. Mustafa Kemal hielt angesichts des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg und der Gefahr, in

der sich die türkische nationale Existenz damit befand, ein Bündnis entsprechend historischen Traditionen insbesondere mit den Kurden für äußerst wichtig. Auf dieser Grundlage gewann die Türkei den Befreiungskampf; die Republik Türkei wurde basierend auf den kurdisch-türkischen Beziehungen gegründet, was ein weiteres Mal die große Bedeutung dieses Verhältnisses offenbarte. In jenen Jahren dachte Mustafa Kemal in Bezug auf Kurdistan an einen Autonomiestatus und im Februar 1922 traf das erste Parlament einen entsprechenden Beschluss. Obwohl auch die Kurden großen Schaden durch die Politik in der letzten Phase des Osmanischen Reiches erlitten hatten, zogen sie es anders als die Araber und andere Völker vor, sich nicht abzutrennen, sondern in einem bestimmten Ausmaß unter Wahrung ihrer Autonomie gemeinsam mit den Türken, die auch der gleichen Religion angehören, im selben Staat zu leben.

## 2- Notwendigkeiten der aktuellen Situation und generelle Grundsätze der demokratischen Autonomie

Allen negativen Fakten zum Trotz ist heute die internationale und regionale politische Lage für eine Lösung der kurdischen Frage günstig. Auch die in der Gesellschaft der Türkei entstandene positive Tendenz zu einer Lösung der kurdischen Frage birgt ausreichend Möglichkeiten. Der türkische Staat kann seine gewohnte Politik nicht fortsetzen; gleichzeitig verweigert sich das kurdische Volk einer Fortsetzung des Lebens unter dem alten Status.

Bei der demokratischen Autonomie handelt es sich um den konkreten Ausdruck unseres Vorschlags für ein Lösungsprojekt auf der Grundlage einer Umwandlung der Türkei in eine demokratische Republik. Wir wollen auf der einen Seite die demokratische Autonomie basierend auf einem Dialog mit dem Staat verwirklichen und wir wollen sie auf der anderen Seite basierend auf einer demokratischen Organisierung und dem entsprechenden Kampf unseres Volkes parallel dazu aufbauen.

Dieses Modell ist das richtige Lösungsmodell für nationale Fragen gegen eine Denkweise, die aufgrund ihres kontinuierlich Konflikte und Instabilität erzeugenden Charakters die verschiedenen

Gemeinschaften voneinander trennt. Heutzutage verwandeln sich Nationalstaaten, die verschiedene Gemeinschaften umfassen, in relativ demokratische politische Systeme, in denen diese verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften auf der Grundlage ihrer jeweiligen Autonomie zusammen leben. Die Existenz einer Mehrheitsgesellschaft auf der Basis einer Akzeptanz der Besonderheit und Autonomie der Unterschiedlichkeiten entspricht der demokratischen Tendenz unseres Zeitalters.

Eine demokratische Autonomie kann nicht nur die Beziehungen zwischen der Türkei und den Kurden maßgeblich verbessern und die kurdische Frage lösen, sondern auch eine radikal-demokratische politische Struktur für die Türkei schaffen, mit der dort weitere gesellschaftliche Probleme gelöst werden können. Da die demokratische Autonomie auf einer organisierten demokratischen Gesellschaft beruht, die auf freiheitlich-kommunale Werte setzt, wird damit die Lösung aller Probleme einschließlich ökonomischer Fragen angestrebt.

Inner- und außerhalb der Türkei befürworten viele Kreise eine Lösung der kurdischen Frage. Da jedoch die Oligarchie politischer Parteien in unserem Land nicht für die Türkei, sondern für ihre Eigeninteressen Politik macht, verweigert sie sich einer Lösung, vertieft die Ausweglosig-

keit und fügt dem kurdischen Volk weiteres Leid zu.

In dieser Situation bleibt dem kurdischen Volk keine andere Alternative, als das eigene demokratische freiheitliche Leben in legitimer Form selbst zu gründen. Demokratische Autonomie ist Ausdruck dafür, dass das kurdische Volk nicht mehr ohne einen verbindlichen Status unter einer Regierung leben will, die in der aktuellen Situation seine Existenz bedroht. Weltweit gibt es kein weiteres über vierzig Millionen Menschen zählendes Volk, dessen Rechte jedoch komplett ignoriert werden. Demokratische Autonomie bedeutet die Ablehnung des politischen Status, den der türkische Staat den Kurden auf der Basis einer Politik von Verleugnung und Vernichtung zugebracht hat, und die Annahme eines neuen Status, der auf Freiheit und Demokratie setzt.

Demokratische Autonomie hat das Ziel, ein demokratisches autonomes Kurdistan aufzubauen, indem die Gesellschaft sich in acht verschiedenen Dimensionen (Politik, Recht, Selbstverteidigung, Soziales, Wirtschaft, Kultur, Ökologie, Diplomatie) organisiert und einen politischen Willen herausbildet.

Ohne eine demokratische Autonomie können die Kurden als Gesellschaft nicht einen demokratischen politischen Willen formulieren. Somit



kann weder die Stärke der Gesellschaft zum Vorschein treten, noch können ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden. Die kurdische Bevölkerung hat das von DTK (Kongress für eine demokratische Gesellschaft) und BDP (Partei für Frieden und Demokratie) vorgelegte Lösungsmodell mit großer Begeisterung angenommen.

Demokratische Autonomie strebt an, die Republik zu demokratisieren, indem die starre Nationalstaatsmentalität, die auch für die Gesamtgesellschaft der Türkei zu einer Last geworden ist, verändert wird, bis sie kein Hindernis mehr für die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Völker darstellt. Somit ist die demokratische Autonomie verlängertes Ausdruck der demokratischen Republik Türkei in Kurdistan.

Die Gesellschaft Kurdistans ist bereits heute zur größten Demokratisierungskraft nicht nur der Türkei, sondern aller Länder in der Region geworden. Durch den Befreiungskampf Kurdistans und die in der Gesellschaft Kurdistans verwirklichte demokratische, soziale und kulturelle Revolution ist in der Türkei und im gesamten Mittleren Osten eine Kraft entstanden. Der Aufbau einer demokratischen Autonomie wird somit auch eine Demokratisierung der Region mit sich bringen.

Gleichzeitig wird der Staat Türkei mit dem Wunsch seiner Gesamtgesellschaft nach Demokratisierung und einer Lösung der kurdischen Frage sowie die durch die regionale und internationale Lage erforderte Notwendigkeit einer Demokratisierung konfrontiert. Bis heute hatten alle Verfassungen und Gesetze der Türkei sowie ihre Umsetzung in Kurdistan einen ignoranten Rechtscharakter, der für das kurdische Volk keine Legitimität vorsah. Aus diesem Grund haben die angewandte Politik und der gesamte politische, administrative und juristische Bereich in Kurdistan einen antidemokratischen Charakter, der aus kurdischer Sicht umgewandelt werden muss.

Die demokratische Autonomie sieht keine Veränderung der Staatsgrenzen vor, sondern gewährleistet die Geschwisterlichkeit und Einheit der Völker, die innerhalb dieser Grenzen leben. Somit wird die in der Türkei entstehende Gegnerschaft zwischen den Völkern gestoppt und mit einer neuen Vereinbarung zwischen dem kurdischen Volk und der Türkei ein neues Kapitel in den türkisch-kurdischen Beziehungen aufgeschlagen. Unser Modell ist ein Demokratisierungsmodell, das in allen anderen Regionen der Türkei Anwendung finden kann. Auch weltweit ändern andere Staaten ihren extremen zentralistischen Charakter und wenden sich dezentralisierten Systemen zu, weil Regionalverwaltungen Probleme leichter lösen können. In dieser Hin-

sicht entspricht die demokratische Autonomie auch der Tendenz von Staaten, Entscheidungsbefugnisse den Kommunen zu übertragen und sich dadurch zu demokratisieren.

Die historischen türkisch-kurdischen Beziehungen, besonders die Herangehensweise des Gründervaters der Republik, Mustafa Kemal, in der Gründungszeit der modernen Türkei, bilden das Fundament für ein neues türkisch-kurdisches Verhältnis. Angesichts der Tatsache, dass heutzutage auch die Beziehungen zwischen den Völkern basierend auf gegenseitiger Akzeptanz der Existenz verschiedener ethnischer Gemeinschaften und der Selbstverwaltung neu geknüpft werden, stellt unser Modell auch das konstruktivste Modell für eine Neubegründung der kurdisch-türkischen Beziehungen in zeitgenössischer Form dar.

Da es sich bei der demokratischen Autonomie nicht um die Institutionalisierung eines Staates handelt, verursacht sie auch keine Kriege um Macht und Staat. In dieser Hinsicht verfügt sie über einen Charakter und eine Kapazität, mit denen alle Gemeinschaften, Völker und politischen Gruppen im gegenseitigen Interesse stabile Beziehungen aufbauen können.

Demokratische Autonomie hat die Fähigkeit, eine demokratische konföderale Einheit der Viel-

falt in der Gesellschaft in Form gegenseitiger Ergänzung und Stärkung zu gewährleisten. Somit wird Kurdistan auch mit den kurdischen politischen Systemen in anderen Landesteilen und den Völkern in der Region demokratische und freie Beziehungen entwickeln.

Die Administration der demokratischen Autonomie stellt in Nordkurdistan den Willen des Volkes dar und wird mit den demokratischen konföderalen Organisationsformen, die in den anderen Landesteilen den Willen des Volkes repräsentieren, Beziehungen der gegenseitigen Stärkung und Ergänzung aufbauen, ohne die jeweiligen Staatsgrenzen zu berühren. Da sie frei von nationalstaatlichem und machtzentriertem Streben ist, wird in diesen Beziehungen auch keine chauvinistische Tendenz auftauchen. In dieser Hinsicht spielt auch beim Aufbau stabiler Beziehungen unter den Kurden die Mentalität und Struktur der demokratischen Autonomie eine wichtige und konstruktive Rolle. Der demokratische Konföderalismus zwischen den Teilen Kurdistans wird auf dieser Grundlage funktionaler werden.

Da es sich bei der demokratischen Autonomie nicht um ein Projekt zur Errichtung oder Zerstörung eines Staates handelt, wird sie auch den Staaten in der Region den Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage weisen und hilfreich sein.

Mit diesem Charakter wird gleichzeitig auf der Grundlage einer prinzipiellen Einigung mit den Nationalstaaten im Rahmen der Formel „Staat + Demokratie“ ein Zusammenleben gewährleistet.

Bei diesem Modell handelt es sich um ein Modell zur Lösung eines nationalen Problems, das auf der Grundlage prinzipieller Einigung von allen nicht faschistischen politischen Kräften akzeptiert werden kann. Dieser Charakter der demokratischen Autonomie kann stabile Beziehungen mit den Ländern der Region und eine Akzeptanz der demokratischen Autonomie gewährleisten. Ohne Kämpfe um Staat und Macht können mit allen nicht faschistischen politischen Kräften politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen geknüpft werden.

Demokratische Autonomie stellt den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen der Kurden mit den Staaten dar, beginnend mit der Türkei über den Iran, Irak und Syrien bis zu anderen Ländern. Wird die kurdische Frage über ein Verständnis der demokratischen Autonomie gelöst, wird es eine Lösung für alle Probleme in der Region geben. Da die kurdische Frage Ursache für Spannungen und Konflikte in der Region ist, ist sie dort gleichzeitig ein Grund für die herrschende politische, ökonomische und soziale Instabilität. Eine Lösung dieses Problems wird zunehmend wichtiger für die regionale Stabilität.

Es wird sich zeigen, dass das Projekt der demokratischen Autonomie nicht nur für eine Lösung der kurdischen Frage, sondern für eine Lösung aller regionalen Probleme ein Lösungsmodell von universeller Qualität darstellt.

### 3- Die acht Dimensionen des Modells der demokratischen Autonomie

#### 3.1- Politische Dimension

Der politische Willen des demokratischen autonomen Kurdistan gewinnt seine Stärke aus der demokratisch organisierten Gesellschaft; die Gesellschaft wiederum aus dem gemeinsamen Gebrauch der individuellen Rechte freier Bürger in Verbindung mit kollektiven Gruppenrechten. Diese Kraft wird zum Wohle der Gesellschaft mittels demokratischer Politik umgesetzt. Dafür wird auf eine demokratische Organisation gegen die starr zentralistische, bürokratische Auffassung von Regierung und Verwaltung des Nationalstaates gebaut. In der demokratischen Politik partizipieren alle Teile der Gesellschaft aktiv am politischen Prozess. Die offene, durch-

sichtige Politik von Angesicht zu Angesicht macht die Stärke im Wandel und in der Demokratisierung der Gemeinschaften aus.

Die politische Verwaltung in der demokratischen Autonomie organisiert sich von der Basis her in Form von Dorfkommunen-, Kleinstadt-, Kreisstadt-, Stadtteil- und Stadträten auf demokratischer konföderaler Grundlage und findet ihre höchste Vertretung im Kongress der Gesellschaft. Der Gesellschaftskongress des demokratischen autonomen Kurdistan entsendet Vertreter in das Parlament der demokratischen Republik Türkei und wird so Teil der Politik des gemeinsamen Landes. Das demokratische autonome Kurdistan verfügt über eine eigene repräsentative Fahne und andere Symbole. Außerdem benutzen Angehörige anderer Identitäten im Bereich der demokratischen Autonomie auch ihre eigenen Symbole.

In diesem Sinne ist die demokratische Autonomie Ausdruck des Willens des kurdischen Volkes, innerhalb einer demokratischen Türkei zu leben, und des politischen Status des kurdischen Volkes.

Die demokratische Autonomie baut nicht auf einem Territorium, einer ethnischen oder religiösen Gemeinschaft auf, sondern auf einer Kultur des Zusammenlebens der Vielfalt und Demokratie. Sie ist Ausdruck ethnischer, religiöser, sozialer und kultureller Rechte als Kriterien für eine De-

mokratie. Dieses Modell gilt nicht nur für Kurdistan, sondern auch für die anderen Regionen der Türkei.

Entscheidungsbefugt sind in der demokratischen Autonomie in erster Linie die Dorf-, Stadtteil- und Stadträte und ihre Delegierten. Jede Gemeinschaft setzt ihre Rede-, Diskussions- und Entscheidungsbefugnis in den Volksräten um. Es gilt eine partizipative, pluralistische, direkte Volksdemokratie.

Die demokratische Autonomie ist nicht darauf beschränkt, die Befugnisse und die Macht des Staates einzugrenzen; sie spielt zwar diese Rolle, aber gleichzeitig sorgt sie mit ihrer Auffassung von „Staat + Demokratie“ für ein lebendiges demokratisches Leben der Gesellschaft und führt dem Staat eine partizipative und direkte Demokratie zu. Organisationspluralismus und -reichtum betrachtet sie als Vertiefung der Demokratie, als einen Zugewinn von Kraft und Willen des Individuums und der Gemeinschaften.

Die unterschiedlichen Kulturen, Ethnien, Geschlechter und Glaubensrichtungen müssen das Recht haben, sich gesondert und autonom zu organisieren. Eine eigene Vertretung von Völkern (Assyrer, Chaldäer, Araber, Armenier, Aserbaidschaner) sowie Glaubensgemeinschaften wie den Jesiden und Aleviten innerhalb der demo-



kratischen Autonomie ist unabdingbar für eine ethische und politische Gesellschaft.

Ein Individualismus, der sich von der Gesellschaftlichkeit abspaltet und sich gegen die Gesellschaft richtet, wird genauso wenig akzeptiert wie die Tradition, dem Individuum den eigenen Willen abzusprechen. Wir betrachten die Beziehung zwischen freiem Individuum und freier Gesellschaft als sich gegenseitig bedingende gesellschaftliche Gesamtheit. Das Freiheitsniveau von Frauen sehen wir als grundlegendes Kriterium für eine demokratische Gesellschaft.

Im demokratischen autonomen Kurdistan ist eine gesonderte Organisierung der Gesellschaft auf Gebieten wie Politik, Soziales, Wirtschaft, Kultur, Kunst, Sport, Bildung, Recht, öffentlicher Verkehr, Handel, Finanzen, Gewerbe etc. ein gesellschaftliches Bedürfnis. Die politischen Parteien als unverzichtbares Mittel der Demokratie müssen neu strukturiert werden, ohne eine ideologische Hegemonie, eine politische Herrschaft anzustreben und im Widerspruch zur ethischen und politischen Gesellschaft zu stehen.

Demokratische Institutionen des demokratisch-autonomen Systems sind beginnend mit den Dörfern Kommunen an der Basis und Räte in den Städten. Unabwendbar für eine ethisch-politische Gesellschaft und das Funktionieren eines

demokratischen Systems ist die Gründung von Räten an der Basis insbesondere von Frauen und Jugendlichen, aber auch aller anderen gesellschaftlichen Gruppen, und damit eine direkte Partizipation an der Politik. Die Dorfvorsteher und Dorfältesten dürfen nicht als Werkzeuge des Staates fungieren, sondern als demokratische Mittler. Zwischen den Städten organisieren sich die Verwaltungen in der gesamten Region.

### 3.2- Juristische Dimension

Das kurdische Volk, das international, in der Region und in der Republik Türkei vom Rechtssystem ausgeschlossen wird, dessen Existenz und Rechte verleugnet werden, ist heute durch seinen auf dem Boden universellen Rechts geführten Befreiungskampf in der Lage, einen Status der demokratischen Autonomie zu proklamieren. Verfassungs- und Gesetzesänderungen, die notwendig sind, um den unrechtmäßigen und unmenschlichen Umgang mit dem kurdischen Volk sowie die Verleugnungspolitik und den Vernichtungskrieg zu beenden und innerhalb der Grenzen der Republik Türkei auf friedlicher

Grundlage eine freie demokratische Einheit zu gewährleisten, müssen einen Status der demokratischen Autonomie vorsehen. Wir betrachten die Türkei und Kurdistan als gemeinsame Heimat. Das Rechtssystem der demokratischen Autonomie muss von einer neuen Verfassung der Republik Türkei und dem EU-Recht anerkannt und sein Funktionieren über gegenseitige verbindliche Erklärungen gesichert werden.

Das kurdische Volk kann seine Grundrechte und -freiheiten innerhalb der Grenzen der Republik Türkei über den Status der demokratischen Autonomie gewährleisten. Dieser Status ist Ausdruck des Willens zu einer freien, gleichen und freiwilligen Gemeinsamkeit basierend auf dem Einverständnis des kurdischen Volkes und muss von der Republik Türkei verfassungsrechtlich und gesetzlich garantiert werden. Demokratische Autonomie ist ein Modell, das von den Kurden in ihrer Heimat Kurdistan ebenso angewandt wird, wie es in der Gesamttürkei Anwendung finden kann, um eine direkte Demokratie zu realisieren.

Innerhalb der bestehenden Grenzen und staatlichen Strukturen steht die demokratische Autonomie für die Freiheit der Kurden. Die in Kurdistan und anderen Regionen der Türkei lebenden Kurden regeln ihre Beziehung zum Staat

der Republik Türkei auf der Grundlage des Status der demokratischen Autonomie.

Im demokratischen autonomen Kurdistan sowie in der gesamten Türkei gilt die Anwendung der Menschenrechte, die Ausdruck für die Freiheit aller Menschen von Geburt an ohne Unterscheidung in Klasse, Herkunft, Religion, Geschlecht, Ethnie und Rasse sind; der grundlegenden individuellen Rechte wie Meinungs-, Glaubens-, Organisations- und Versammlungsfreiheit; der wirtschaftlichen und sozialen Rechte sowie des Rechts der Völker, die eigene kulturelle Existenz frei zu leben und zu entwickeln und sich selbst zu regieren. Diese Rechte müssen von der Republik Türkei verfassungsrechtlich und vom Rechtssystem des demokratischen autonomen Kurdistans garantiert werden. Als internationale Vorbilder sehen wir die über einen Autonomiestatus geregelten aktuellen Lösungen nationaler Fragen in Irland, Schottland, dem Baskenland, Katalonien sowie die entsprechenden UN-Abkommen.

Als wesentliche Grundlagen gelten das von Abdullah Öcalan vorgelegte, auf Geschlechterbefreiung, Demokratie und Ökologie basierende Paradigma, die Tradition von Autonomie in der Menschheitsgeschichte, die über einen Autonomiestatus geregelten aktuellen Lösungen nationaler Fragen in Irland, Schottland, dem

Baskenland, Katalonien u. a., die Verfassung der Türkei von 1921, das am 10. Februar 1922 vom damaligen Parlament der Türkei verabschiedete Autonomiegesetz in Bezug auf die Kurden, die Ansprachen Mustafa Kemals 1924 in Izmit sowie die entsprechenden UN-Abkommen.

Das Rechtssystem des demokratischen autonomen Kurdistan betrachtet es als nicht richtig und nicht möglich, eine Gesellschaft ausschließlich rechtlich zu verwalten, und setzt deshalb, ohne dem Dilemma „entweder Ethik oder Jura“ zu verfallen, auf den Schutz und die Regierung der Gemeinschaft im Einklang von Ethik und Recht. In der Überzeugung, dass eine Gesellschaft ohne Gewissen eine verlorene Gesellschaft ist, wird neben dem Recht die Ethik als Gewissen und Herz der Selbstverwaltung der Gesellschaft betrachtet. Ein gesellschaftliches System der Gerechtigkeit kann unter Berücksichtigung des Paradigmas von Geschlechterbefreiung, Demokratie und Ökologie aufgebaut werden.

### 3.3- Die Dimension der Selbstverteidigung

In der Natur gibt es kein Lebewesen, das sich nicht selbst verteidigt. Jedes Lebewesen verfügt neben dem Reflex, die eigene Existenz zu verteidigen, über eigene Selbstverteidigungsmaßnahmen. Es ist der Mensch, der seine Selbstverteidigung am bewusstesten entwickelt. In dieser Hinsicht ist die Menschheitsgeschichte gleichzeitig die Geschichte der Weiterentwicklung der Selbstverteidigung. So hat auch im Verlauf der Geschichte immer das Bedürfnis gesellschaftlicher Gruppen (Stämme, Nationen, religiöse Gemeinschaften, Dörfer, Städte etc.) nach Selbstverteidigung bestanden. Selbstverteidigung ist so lebenswichtig wie Luft und Wasser, um sowohl Angriffe von außen auf die eigene Existenz abzuwehren als auch von innen heraus entstehende Gefahren gegen die ethischen und politischen Werte der Gesellschaft abzuwenden.

Selbstverteidigung ist die Sicherheitspolitik der ethischen und politischen Gesellschaft. Die Dimension der Selbstverteidigung stellt nicht nur ein Phänomen der militärischen Verteidigung dar, sondern steht in enger Verbindung mit dem Schutz der Identität, der Gewährleistung der Politisierung und der Umsetzung der Demokratisierung. Selbstverteidigung basiert auf einer organisierten Gesellschaft. Eine organisierte Gesellschaft kann sich am besten verteidigen. In

allen Gesellschaften ist die Selbstverteidigung un-  
abdingbar für den Schutz der Existenz.

Das Volk Kurdistans hat im Verlauf der Ge-  
schichte kontinuierlich Kämpfe zum Schutz  
gegen Angriffe von außen geführt. Seit den ersten  
Invasionen bis heute haben sich die Kurden  
gegen jede Form von Besatzung und Angriffen  
zum Schutz der eigenen Existenz selbst verteidigt.  
Auch in der jüngeren Geschichte waren die Auf-  
stände des 19. und 20. Jahrhunderts trotz  
schlechter Bedingungen und ihres unorganisier-  
ten Charakters Maßnahmen der Selbstverteidi-  
gung. Wenn der Status der demokratischen  
Autonomie anerkannt wird, kann die Selbstver-  
teidigung nicht als militärisches Monopol, son-  
dern entsprechend dem inneren und äußeren  
Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft unter der  
Kontrolle demokratischer Organe aufgebaut wer-  
den. Die Menschen in den Städten, Kleinstädten,  
Stadtteilen und Dörfern verhalten sich bewusst  
und sensibel gegen faschistische, reaktionäre und  
tödliche Angriffe. Selbstverteidigung ist somit  
Ausdruck eines gesellschaftlichen Widerstands  
gegen solche Angriffe. Selbstverteidigung ist ein  
Recht, das in internationalen Abkommen und  
von den UN definiert ist.

### 3.4- Kulturelle Dimension

Der Nationalstaat ging innerhalb seiner Grenzen mit einer genozidalen Politik gegen alle Sprachen und Kulturen vor. In ihrer härtesten Ausprägung hat diese Politik die kurdische Sprache und Kultur getroffen. Die kurdische Sprache war im Alltagsleben ebenso verboten wie der muttersprachliche Unterricht in allen staatlichen Bildungseinrichtungen. Es wurde die Erschaffung einer von ihrer Muttersprache und Kultur entfremdeten Gesellschaft angestrebt und deren mentale und geistige Assimilation. Es war so weit gekommen, dass in Kurdistan schließlich ein Prozess der Autoassimilation eingesetzt hatte.

Dabei betrachten UN-Abkommen und die demokratischen Normen der Europäischen Union das Verbot von Muttersprache und Kultur eines Volkes sowie die Verhinderung des freien Gebrauchs derselben als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und definieren dieses Vorgehen als „kulturelles Genozid“. Aber dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird vor den Augen der Weltöffentlichkeit weiterhin begangen.

Da das kurdische Volk nicht über das Recht verfügt, in demokratischer Atmosphäre frei zu leben und sich weiterzuentwickeln, konnten die in der kurdischen Gesellschaft durch die nationalisti-



sche Verbots- und Assimilationspolitik entstandenen schweren Schäden noch nicht vollständig behoben werden. In gewisser Hinsicht ist beim Individuum und in der Gesellschaft fast der Hirntod eingetreten. Aus diesem Grund können sich weder Individuum noch Gesellschaft stabil entwickeln. Ohne muttersprachliche Bildung kann es nicht ausreichend kurdische Intellektuelle geben. Damit sich die kurdische Gesellschaft seelisch und geistig befreien und gesunde Individuen hervorbringen kann, muss in den Bereichen Sprache und Kultur tief greifend gearbeitet werden.

Die Kunst, die Gesellschaft und Individuum gegen jede Art von Verbreitung imperialistischer Kultur, Kolonisation und Abstumpfung verteidigt und sie mit ihrer Geschichte, ihrem Land, ihrer Kultur und Sprache vertraut macht, muss ihre eigentliche Rolle spielen. Es muss eine Kultur- und Kunstbewegung entstehen, die auf der Basis aufbaut und auch die kleinsten Siedlungen mit einschließt. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit Kultur und Kunst nicht als Ware und Objekt von Einkauf und Verkauf verkommen.

„Für ein Volk ist es die größte Katastrophe, wenn seine Geschichte von anderen geschrieben wird“ – diese Worte sind für die Kurden eine noch immer gültige Wahrheit. Die Geschichte Kurdis-

tans wurde größtenteils von anderen im Dienste des Machtapparats geschrieben und so ist ein falsches Geschichtsbewusstsein entstanden, das für Identität, Existenz und Zukunft unseres Volkes eine große Gefahr bedeutet.

Der Gebrauch der kurdischen Sprache im öffentlichen Bereich darf nicht weiter behindert werden; von der Grundschule bis zur Universität muss Kurdisch zur Ausbildungssprache gemacht werden. Es müssen gesetzliche und verfassungsrechtliche Neuregelungen getroffen werden, um den Kurden in den Metropolen der Türkei und im Ausland die Möglichkeit zu muttersprachlichem Unterricht zu bieten und um eine kulturelle Auflösung zu verhindern.

Im demokratischen autonomen Kurdistan sind die offiziellen Sprachen Kurdisch und Türkisch. Darüber hinaus müssen der Gebrauch und die Förderung aller in der Region gesprochen Sprachen (assyrisch, arabisch, armenisch etc.) und Dialekte verfassungsrechtlich und gesetzlich garantiert werden. Die Dienstleistungssprache ist Kurdisch; alle Ortschaften müssen ihre Originalnamen zurückerhalten.

### 3.5- Soziale Dimension

Mit Assimilation sollte die kurdische Gesellschaft von ihren Werten, ihrer Geschichte und Kultur entfremdet werden. Mit Vertreibung, Arbeitslosigkeit und Armut wurde versucht, Kurdistan zu entvölkern, die gesellschaftliche und demographische Struktur zu verändern, und mit einem physischen und kulturellen Genozid sollte die gesamte kurdische Existenz vernichtet werden. Als eine Form spezieller Kriegsführung wurden insbesondere Frauen und Jugendliche mit Sport-, Kunst- und sozialen Aktivitäten vom gesellschaftlichen Kampf abzuhalten versucht. Durch die Verbreitung von Prostitution und Drogen wurde der moralische Verfall gefördert. Um das kurdische Volk in einem willenslosen, unorganisierten und kampflösen Zustand zu halten, wird für jede soziale Gruppe eine eigene Politik verfolgt.

Die kurdischen Frauen sind nicht nur dem Staatsterror ausgesetzt, sondern auch der auf Herrschaft basierenden Mentalität des gesellschaftlichen Sexismus. Die Familie in einer sexistischen Gesellschaft entspricht in ihrem Aufbau einem kleinen Staat des Mannes. Bei der Verurteilung der Frau zur Sklaverei spielen diese Familienstrukturen eine wirksame Rolle. In der bestehenden gesellschaftlichen Realität ist die Familie jedoch keine gesellschaftliche Institution, die es zu überwinden gilt, sondern die entspre-

chend unserer Sozialpolitik transformiert werden muss. Dafür ist es notwendig, das aus der Hierarchie resultierende Besitzdenken in Bezug auf Frauen und Kinder und die dieses Denken stützenden Gesetze zu ändern. Der Bewusstseins- und Organisationsgrad von Frauen spielt eine Schlüsselrolle bei der Transformation von Familie und Gesellschaft in Bereiche eines freien, gleichberechtigten und demokratischen Zusammenlebens. Eine demokratische Gesellschaft bedarf einer von Sexismus befreiten Mentalität und des freien Willens von Frauen; dieses wird im demokratischen autonomen freien Kurdistan möglich sein.

Seit den ersten hierarchischen Strukturen wird bis heute eine Politik fortgesetzt, mit der die Jugend in Abhängigkeit gehalten wird. Dabei geht es um den Zusammenhang zwischen ideologischer Propaganda, dem Ersticken in starren Dogmen und der Abhängigkeit von sexuellen Trieben; es geht darum zu verhindern, dass sich die jugendliche Energie gegen das System richtet, und die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine Organisation der Jugend dagegen gemäß den Prinzipien der Freiheit spielt beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft eine grundlegende Rolle. Eine Jugend, die nach Freiheit strebt, ist schwer aufzuhalten. Ebenso wie die Jugend als gesellschaftliche Gruppierung dem herrschenden System die meisten Probleme bereitet,

spielt sie gleichzeitig eine Vorreiterrolle beim Neuaufbau und der Verteidigung der Gesellschaft.

In keiner Klassengesellschaft kann es freie Arbeiter von privaten oder kollektiven Eigentümern geben. Aus diesem Grund müssen sich Arbeiter, Bauern, Beamte, Händler und andere Berufsgruppen organisieren und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Trotz der Bemühungen, sie der Unterdrückung oder der Vernichtung zu unterwerfen, bilden die unterdrückten, ausgebeuteten Volksgruppen, Frauen, Jugendlichen, Dorfbewohner und Landarbeiter, Arbeitslosen, Migranten, die vielen religiösen Gemeinschaften und Konfessionen, kleinen Gruppen und Gemeinschaften, die von ihrer Arbeit leben, die Hauptpfeiler der historischen Gesellschaft und die Mehrheit der Gesellschaft. All diese gesellschaftlichen Gruppen sind Teil der sozialen Dimension und sie haben die Besonderheit, das gesellschaftliche Leben auf freier und demokratischer Grundlage anzuführen. In der demokratischen Gesellschaft, die in moderner Form die ethische und politische Gesellschaft darstellt, finden alle Unterschiedlichkeiten ihren Platz. Jede gesellschaftliche Gruppe muss ihre eigene Kultur, Identität und Organisiertheit innerhalb dieser Vielfalt ausleben können.

Im demokratischen autonomen Kurdistan wird sich die Neugründung der Gesellschaft mit der freien Organisation und Ausdrucksmöglichkeit jeder gesellschaftlichen Gruppierung, insbesondere der Frauen und der Jugend, außerdem Arbeits-, Bildungs-, Gesundheits- und Hilfsorganisationen in jedem Siedlungsgebiet verwirklichen. Die soziale Dimension des demokratischen autonomen Kurdistan hat, als Grundlage für die Realisierung der anderen Dimensionen, das Potential für Diskussionen, Beschlussfassungen, Neustrukturierung und Aktivierung.

Im demokratischen autonomen Kurdistan sind Frauen und Jugend die Führungskraft in der demokratischen konföderalen Organisationsform. In allen Organisierungsbereichen und im gesellschaftlichen Leben spielen Frauen eine Vorreiterrolle. Einhergehend mit dem Kampf gegen den gesellschaftlichen Sexismus müssen Beziehungen zwischen Familie, Gesellschaft und Individuum entsprechend den Prinzipien eines gleichen, freien und demokratischen Lebens aufgebaut werden. Die Jugend wird mit ihrer Dynamik, ihrer Energie und ihrer Führungsfunktion bei der Veränderung der Gesellschaft eine grundlegende Rolle beim Neuaufbau der Gesellschaft und ihrer Verteidigung spielen. Für Kinder müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen ihre geistige und physische Erziehung erfolgen kann und

sie sich frei entwickeln können. Im Rahmen der universellen Kinderrechte müssen die Ausbeutung von Kindern auf dem Arbeitsmarkt und ihr sexueller Missbrauch als Straftat gelten und bekämpft werden.

### 3.6- Wirtschaftliche Dimension

Kurdistan, die Region der historisch ersten Gesellschaftsformationen, der neolithischen Dorfrevolution, ist heute zu einem Landstrich geworden, dessen Bewohner aufgrund von Hunger und Armut in alle Welt zerstreut wurden. Kurdistan, in den heiligen Büchern als reiches Paradies bezeichnet, ist aufgrund militärischer Besatzung, politischer und wirtschaftlicher Kolonialisierung durch äußere Mächte in diesen Zustand geraten.

Die über die Kurden Herrschenden haben deren Wirtschaftsleben über bloße koloniale Ausbeutung hinaus auf genozidalem Niveau zerstört. Daraus resultieren Armut und Hunger in dieser Gesellschaft; die Menschen sind zu Bedürftigen geworden, die mit hingeworfenen Brocken ab-

hängig gemacht werden. Es ist einfach, die Herrschaft über Menschen aufrechtzuerhalten, deren Willen auf diese Weise gebrochen worden ist. Menschen, die von anderen abhängig gemacht worden sind, nur um ihren Hunger zu stillen, können nicht für den Aufbau eines wirklich freien und demokratischen Lebens kämpfen.

Da der Aufbau einer Ökonomie die wichtigste Dimension der ethisch-politischen Gesellschaft ist, ist es beim Aufbau der demokratischen Autonomie der ökonomische Bereich, in dem zuerst Bewegung entsteht und auf der Grundlage der Schaffung einer Wirtschaft der Gemeinschaften Arbeitslosigkeit und Armut beseitigt werden.

Keine Gesellschaft und kein politisches und soziales System können ohne die Realisierung eines eigenen Wirtschaftsmodells existieren. Auch die demokratische Autonomie muss ihr eigenes Wirtschaftsmodell entwickeln und somit ein freies und demokratisches Lebenssystem der Kurden in bleibender Form institutionalisieren. Wenn die demokratische Autonomie der Körper der demokratischen Nation ist, muss zunächst ein Wirtschaftssystem geschaffen werden.

Die ökonomischen Probleme sind entstanden, als die Gesellschaft aufgehört hat, eine Gesellschaft zu sein. Beweis dafür ist, dass die schwersten Wirtschaftskrisen aus dem Kapitalismus resultie-



ren, einem Krebsgeschwür für die Gesellschaft. Abdullah Öcalan sagt dazu: „Kapitalismus ist nicht gleich Wirtschaft, sondern steht in Gegnerschaft zur Ökonomie.“ Im heutigen kapitalistischen System ist der Sektor am wichtigsten geworden, in dem ohne jegliche Produktion Geld aus Geld gemacht wird.

Im Verlauf der Geschichte entstanden soziale und ökonomische Probleme mit der Herrschaft des Mannes über die Frau. Einhergehend mit der Entstehung von Klassen, der Urbanisierung und den ersten Staatsgründungen wurde die Gesellschaft mit schweren Problemen konfrontiert. Ökonomie erfordert Gesellschaftlichkeit und Demokratie. Eine Ökonomie, die die Bedürfnisse einer Gesellschaft befriedigt, ist nur mit einer demokratischen Gesellschaft möglich. In dieser Hinsicht ist eine demokratische Gesellschaft gleichzeitig eine ökonomische. Wirtschaft ist kein technisches Problem des Unterbaus, sondern eine Aktivität, die über die Meinung, Diskussion, Entscheidung und organisierte Aktion der Gesamtgesellschaft funktioniert. Die Loslösung des Menschen von der Ökonomie ist die Basis jeglicher Entfremdung. Das muss verhindert werden und der einzige Weg dahin führt über die Aneignung der Ökonomie durch alle Gemeinschaften.

Während eigentlich ein gesellschaftlicher Zustand höchstmöglicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung erreicht werden müsste, zeigt der große ökonomische Zusammenbruch und die Konfrontation mit einem ökonomischen Genozid, wie lebenswichtig es ist, dass die Gesellschaft Kurdistans auf der Grundlage einer demokratischen Autonomie ein freies und demokratisches Leben realisiert und somit zu einer ökonomischen Gesellschaft wird. Wenn auf der Basis einer antimonopolistischen Ökonomie der Gemeinschaften eine neue ökonomische Gesellschaft entsteht, wird damit gewährleistet werden, dass der Reichtum Kurdistans nicht nur dem kurdischen Volk, sondern allen Völkern der Region zugutekommt.

Es muss ein antimonopolistisches, gleichberechtigtes Wirtschaftssystem geschaffen werden, in dem jeder seine eigene Arbeit macht, der Beschäftigung von Frauen Vorrang gegeben wird, nicht auf den höchsten Profit, sondern auf den Gebrauchswert geachtet wird und das Prinzip der Solidarität gilt. Das Recht auf Nutzung und Verbrauch der wirtschaftlichen Ressourcen muss dem demokratischen autonomen Kurdistan zustehen.

### 3.7- Ökologische Dimension

Wie auch bei der Krise des gesellschaftlichen Systems müssen die Wurzeln der sich zunehmend verschärfenden ökologischen Krise am Beginn der Zivilisation gesucht werden. Die Ignoranz der hierarchischen und staatlichen Kräfte gegenüber der kommunalen Bindung, die eine Gesellschaft ausmacht, sowie die anstelle dieser Bindung als Perversion entstandene Mentalität haben dazu geführt, dass die Verbindung zwischen Natur und Leben vergessen und unwichtig wurde. Jeder zivilisatorische Aufschwung auf dieser Grundlage führte zu einer weiteren Entfremdung von der Natur, zur Umweltzerstörung und zunehmend zu einer Welt, in der das Leben unmöglich gemacht wird.

In der heutigen Zeit sind die gesellschaftliche und die ökologische Krise nicht voneinander zu trennen. Die Entwicklung zeigt ein Streben nach höchstem Profit, wobei eine Kalkulation, wie viel Städte, Menschen, Fabriken, Verkehrsmittel, synthetische Stoffe, verschmutzte Luft und Wasser unser Planet ertragen kann, nicht angestellt wird. Städte, die wachsen wie Krebsgeschwüre, verschmutzte Luft, Ozonloch, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, Abholzung der Wälder, Verschmutzung fließender Gewässer, Müllberge, Bevölkerungsexplosion etc. führen in der Natur zu irreparablen Katastrophen.

Ein nicht mit der Natur harmonierendes Gesellschaftssystem kann auch nicht Ethik und Demokratie verteidigen. Der Zusammenhang zwischen dem Chaos des kapitalistischen Gesellschaftssystems und der Umweltkatastrophe ist dialektisch. Die Bilanz des auf Extremprofiten und antiökologischem Industrialismus basierenden Profit- und Kapitalsystems weist nicht nur eine allgemeine gesellschaftliche Degeneration auf (fehlende Ethik und Politik, Arbeitslosigkeit, Inflation, Prostitution etc.), sondern ebenso auf die Gefahr hin, in der die Umwelt mit allen Lebewesen schwebt. Angesichts dieser Realität zeigt sich noch eindeutiger, wie sehr der Monopolismus sich gegen die Gesellschaft richtet. Eine ökologische Gesellschaft erfordert auch einen ethischen Wandel. Das Fehlen einer Ethik des Kapitalismus kann nur mit einer ökologischen Herangehensweise überwunden werden. Eine solche ist allerdings nur von Wert, wenn sie mit einer vollständigen ökologischen Ausstattung Bedeutung erlangt. Es liegt in der Natur der Sache, dass ausschließliche Umweltbewegungen nicht viel zu einer Lösung beitragen können.

Die praktischen Fragen eines ökologischen Lebens sind weltweit und auch in unserem Land brandaktuell. Die aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Motiven in Kurdistan stattfindende ökologische Zerstörung hat dem Land und den gesellschaftlichen Strukturen ernsthafte

Schäden zugefügt. Dörfer und Wälder wurden niedergebrannt, Siedlungen zerstört, historische Kulturgüter und fruchtbare Böden aufgrund von Bebauungsplänen und durch Staudammprojekte überflutet. Anderen fruchtbaren Landstrichen wiederum wurde die Wasserzufuhr abgeschnitten und sie sind zu Wüsten geworden. Tausende Hektar landwirtschaftlicher Flächen wurden vermint und damit unzugänglich gemacht. Hochalmen wurden zu militärischem Sperrgebiet erklärt und damit die Viehzucht zum Erliegen gebracht. In Kurdistan gibt es auch Giftmülldeponien. All diese Maßnahmen haben zu einer Veränderung des Klimas und der Flora und Fauna in Kurdistan geführt. Diesen Angriffen kann nur mit einer ökologischen Revolution begegnet werden. Die ökologische Zerstörung bleibt auch nicht auf eine bestimmte Gegend beschränkt, sondern wirkt sich auf die gesamte Welt aus.

Ökologisches Bewusstsein ist von der Liebe zur Heimat und zur gesamten Welt geprägt. Für eine gesunde Umwelt und ein gesundes soziales Leben muss in der Gesellschaft ein Bewusstsein entstehen und müssen Eilmaßnahmen getroffen werden; dafür ist ein aktiver Kampf erforderlich – gegen die das ökologische Gleichgewicht zerstörende Urbanisierung und den Bau von Staudämmen, mit denen Flora und Fauna verändert und historische Stätten unter Wasser gesetzt werden

und somit auch das kollektive Gedächtnis der kurdischen Gesellschaft verschwindet.

### 3.8- Diplomatische Dimension

Diplomatie bezeichnet im Allgemeinen Aktivitäten von Völkern, Gemeinschaften, Gruppen und Staaten entsprechend ihrer Interessen. Die Diplomatie gemäß der Mentalität der Moderne und des Nationalstaates baut vollständig auf Stärke auf. Die Diplomatie des Nationalstaates bildet mit anderen Staaten, die über Außenmonopole verfügen, eine Koordination, um die Angelegenheiten des weltweiten Systems der Nationalstaaten zu verfolgen. Ohne die externe Anerkennung von Nationalstaaten kann kein Nationalstaat bestehen. Das liegt in der Logik dieses weltweiten Systems. Ohne das Einverständnis der Völker kann kein Nationalstaat dauerhaft existieren.

Das Paradigma der demokratischen Moderne hingegen versteht die diplomatische Dimension des demokratischen autonomen freien Kurdistans als gegenseitige Solidarität und basierend auf

gemeinsamen Interessen der Völker, Gruppen und Gemeinschaften.

Bei der Betrachtung der historischen und gesellschaftlichen Besonderheiten der Kurdistan-Frage einhergehend mit der territorialen Verteilung wird deutlich, welche wichtigen Resultate eine noch zu entwickelnde Diplomatie für die Nachbarländer und -gemeinschaften sowie für die anderen kurdischen Landesteile bringen wird.

Die Diplomatie des demokratischen autonomen Kurdistans muss Frieden, Geschwisterlichkeit, ökonomischen Aufschwung und steigenden Lebensstandard fördern. Sie muss in gegenseitiger Solidarität und im Vertrauen mit Völkern ohne auf den Staat zu setzen handeln, mit Völkern, Gruppen und Gemeinschaften, die für Demokratie und Freiheit kämpfen. Sie muss die Interessen des kurdischen Volkes verfolgen und die Rechte der in der Diaspora und den Metropolen lebenden Kurden. ♦

Was verstehen wir unter dem Projekt der Demokratischen Autonomie?

## Demokratische Autonomie als Selbstorganisation der Bevölkerung

Baki Gül, Journalist und Soziologe

Die kurdische Bewegung hat für die Lösung der kurdischen Frage den Weg der Demokratischen Autonomie vorgeschlagen. Dieser Vorschlag fand in der Öffentlichkeit großen Widerhall und wurde in vielen Kreisen diskutiert. Nachdem die Co-Vorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK, Aysel Tuğluk, am 14. Juli 2011 die Demokratische Autonomie ausgerufen hatte, wurden die Diskussionen noch weiter angefacht. Hauptthemen hierbei waren der Begriff der Demokratischen Autonomie und deren Inhalt.

Die herrschenden Systemparteien bewerteten die Demokratische Autonomie ausschließlich als Bedrohung für den Nationalstaat. Die liberalen Intellektuellen diskutierten den Begriff äußerst vorsichtig und bewerteten ihn eher kritisch. Die sozialistischen Bewegungen nahmen die Demokratische Autonomie nur selten auf ihre Tagesordnung



und diskutierten, wenn überhaupt, nur im begrenzten Umfang über sie. Die politischen kurdischen Kräfte hingegen verteidigten die Ausrufung der Demokratischen Autonomie.

Aber worum handelt es sich dabei eigentlich? Oder, wie erklärt die kurdische Bewegung ihr Lösungsprojekt für die kurdische Frage, Demokratische Autonomie? Vielleicht können wir einen Teil der Kritik und der Missverständnisse aus dem Weg räumen, wenn wir auf diese Fragen genauer eingehen.

Die Demokratische Autonomie ist in der Literatur der Politikwissenschaften kein unbekannter Begriff. Sie bedeutet darin so viel wie regionale Autonomie. Es handelt sich dabei um ein Modell, in dem der moderne Verwaltungsstaat aufgrund veränderter Umstände die Bevölkerung in bestimmtem Maße in die Verwaltung mit einbezieht. Entgegen der Dominanz der Bürokratie wird versucht, einen Kompromiss zwischen verschiedenen Menschen und unterschiedlichen politischen Gruppen zu schaffen. Henry S. Richardson, Schüler von John Rawls\* und Befürworter von Aktionen des zivilen Ungehorsams, wird häufig als Referenz für die Demokratische Autonomie genannt. Zusammengefasst wird sie in den Politikwissenschaften als Machtteilung zwischen dem liberalen Zentralstaat und lokalen Verwaltungseinheiten verstanden.

---

\*John Rawls, US-amerikanischer Philosoph. Gilt als Vertreter der liberalen Moralphilosophie des Egalitarismus.

Als Beispiele im Sinne der Demokratischen Autonomie werden oft Länder aus Westeuropa angeführt. Auch die von der EU eingeführten Bedingungen der Absicherung von kommunalen Verwaltungen werden in Verbindung mit der Demokratischen Autonomie gebracht.

Allerdings unterscheidet sich der Begriff der Demokratischen Autonomie bei der kurdischen Freiheitsbewegung inhaltlich von dem, wie er durch die Politikwissenschaften bestimmt wird. Bei der Übertragung von Kompetenzen und Autorität vom Zentrum des Staates auf die kommunale Ebene und bei der Betonung der demokratischen Partizipation der Bevölkerung gibt es zwar klare Parallelen. Allerdings stellt die kurdische Freiheitsbewegung hierbei den Nationalstaat nicht in das Zentrum ihrer Überlegungen. Vielmehr wird die Demokratische Autonomie als Selbstorganisation der Bevölkerung außerhalb des Staates und all seiner Institutionen begriffen. Daher gleicht das Lösungsprojekt der kurdischen Freiheitsbewegung nicht dem föderalen Staatsaufbau in Belgien oder in Deutschland, der konföderalen Struktur der Schweiz oder dem Modell Frankreichs, in dem der Nationalstaat die Kommunen mit gewissen Kompetenzen ausstattet. Die Demokratische Autonomie schließt zwar die demokratischen Rechte der Mitbestimmung, mit denen die Bevölkerung in den oben genannten Beispielen ausgestattet wird, mit ein. Sie grenzt sich von diesen Beispielen allerdings insofern ab, als dass

sie nicht staatszentriert ist und die bedrückende Dominanz der nationalen Identität verneint.

Derjenige, welcher die Demokratische Autonomie als Lösungsprojekt auf die Tagesordnung der kurdischen Freiheitsbewegung gesetzt hat, ist der Gründer und Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan. Er hat im Rahmen seiner Verteidigungen auf der Gefängnisinsel Imralı und bei seinen Anwaltskonsultationen den Begriff der Demokratischen Autonomie aufgegriffen. Er konzipiert seine Lösungssuche für die kurdische Frage auf der Grundlage von soziologischen, politischen und historischen Gegebenheiten. Als Schlussfolgerung dessen lehnt er als Lösungsformel den klassischen Nationalstaat ab und übt eine tiefgehende Kritik am Staats- und Herrschaftsbegriff. Die Demokratische Autonomie sieht er als realistischeren Weg, um die Probleme eines Volkes zu lösen, das auf vier Nationalstaaten verteilt ist und durch diese unterdrückt wird. Während er dies sagt, unterstreicht er zugleich, dass das nationalstaatliche Paradigma keinen Lösungsweg für die grundlegenden Fragen des 21. Jahrhunderts mehr bietet.

Die Vorstellungen Öcalans bei dem Modell der Demokratischen Autonomie bauen auf vier Prinzipien und acht Dimensionen auf. Wir werden zunächst auf die vier Prinzipien eingehen, die demokratische Nation, das gemeinsame Heimatland, die demo-

kratische Republik und die demokratische Verfassung:

1. Das Prinzip der demokratischen Nation ist die Verneinung der Homogenisierung von Ethnien, Kulturen und Religionen. Es vertritt die Mentalität, dass die Akzeptanz der Vielfalt von Identität und Kultur der einzige Weg ist, nationale Probleme zu lösen. Dieses Verständnis der Nation beruht also nicht nur auf einer Sprache, einer Ethnie, einer Klasse oder einem Staat. Es beruht auf der Vielfalt von Sprachen und Kulturen und auf freien und gleichberechtigten Individuen in einer demokratischen Gesellschaft.

2. Das Prinzip des gemeinsamen Heimatlandes sagt aus, dass niemand das Recht hat, einen anderen aus der Gesellschaft herauszudrängen. Es bedeutet vielmehr, dass das Heimatland frei miteinander geteilt wird. Die Liebe zum Heimatland wird nicht über chauvinistisches und rassistisches Gedankengut, sondern über die Verbundenheit mit der Ökologie und Entwicklung definiert.

3. Das Prinzip der demokratischen Republik heißt, dass der Staat offen gegenüber der demokratischen Gesellschaft und dem Individuum sein muss. Die Republik wird als Dach des Demokratisierungsprozesses begriffen und dementsprechend neu aufgebaut.

4. Das Prinzip der demokratischen Verfassung stellt die Einigung zwischen der demokratischen Gesellschaft und dem Staat dar. Individuelle Rechte und

Freiheiten gewinnen nur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft an Bedeutung.

Politik, Diplomatie, Soziales, Kultur, Recht, Ökologie, Ökonomie und die Selbstverteidigung stellen die acht Dimensionen der Demokratischen Autonomie dar. Über diese Dimensionen, die wir auch näher beschreiben wollen, funktioniert die praktische Organisation der Demokratischen Autonomie:

1. Die politische Dimension beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Entwicklung von demokratischen politischen Institutionen gegen die bürokratischen und oligarchischen politischen Instrumente des Nationalstaats.
2. Die diplomatische Dimension bedeutet, eine neue Bündnispolitik im Sinne der nationalen Einheit der Kurden zu erschaffen, die den freien Willen des Volkes stärkt und stets die Vorteile der gesamten Gesellschaft im Auge hat.
3. Die soziale Dimension beschreibt unter anderem die Absicht, das gesellschaftliche Leben in der eigenen Muttersprache führen zu können. Ein mehrsprachiger Alltag soll auf die Gegebenheiten der Gesellschaft zugeschnitten werden.
4. Die kulturelle Dimension soll ein Verständnis in der Bevölkerung schaffen, das die nationale Kultur vor der allgemeinen kulturellen Deformation durch die kapitalistische Moderne schützt.
5. Die rechtliche Dimension lehnt das Rechtssystem ab, welches die individuellen und kollekti-

ven Rechte inklusive der Achtung der Identität nicht anerkennt. Das Rechtssystem der Demokratischen Autonomie wird demgegenüber auf den Prinzipien der Freiheit und der Demokratie errichtet. Anstelle einer Rechtsprechung, die auf der Herrschaft einer Klasse beruht, werden die ethischen Prinzipien der Gesellschaft zur Grundlage genommen.

6. Die ökologische Dimension soll ein Verständnis in der Gesellschaft durchsetzen, welches das Füreinander und die Abhängigkeit von Natur und Gesellschaft erfasst und akzeptiert und aufgrund dessen sich gegen die Zerstörung von Natur und Umwelt durch Industrialismus wehrt. Dies schließt den Widerstand gegen Projekte wie den Bau von Staudämmen, die Entwaldung und den Bau von Wasserkraftwerken, die zur Zerstörung der Natur beitragen, mit ein.

7. Die ökonomische Dimension beabsichtigt, entgegen der verbreiteten Monopolisierung der Wirtschaft, ein System aufzubauen, das die Bedürfnisse der Bevölkerung deckt. Es soll ein Wirtschaftssystem errichtet werden, welches kollektives und Privateigentum erlaubt, aber gleichzeitig auf der gesellschaftlichen Solidarität beruht und somit den Kampf gegen Armut und die gerechte Verteilung von Gütern gewährleistet.

8. Die Selbstverteidigungsdimension bekämpft die physische Gewalt gegen die Gesellschaft und steht gegen organisierte militaristische Gewalt zum Zwecke der Unterdrückung und Ausbeutung. Es wird

lediglich eine Organisierung im Sinne der Selbstverteidigung erlaubt.

Die aufgeführten Dimensionen verdeutlichen, dass die Demokratische Autonomie nicht bloß als ein Lösungsmodell gesehen werden muss, das ausschließlich in Kurdistan greift. Sie beschreibt eine Säule in Öcalans Theorie der „Demokratischen Moderne“. In seinen Verteidigungsschriften erklärt Öcalan, dass diese Theorie insgesamt über drei Säulen verfügt, die er wie folgt beschreibt: „Als ich von der Demokratischen Moderne sprach, erklärte ich, dass diese über drei Säulen verfügt: Gegen den Nationalstaat habe ich die demokratische Nation vorgeschlagen, gegen das Modell der Industriegesellschaft habe ich die ökologische Gesellschaft vorgeschlagen und gegen den Kapitalismus habe ich den sozialen Markt und die kommunale Ökonomie vorgeschlagen. Die Demokratische Autonomie stellt hierbei einen Teil, und zwar den politischen Teil, der demokratischen Nation dar. Dieses Modell ist für die gesamte Türkei anwendbar. Sie ist ein weitaus passenderes Modell für die Realität und die Kultur der Türkei.“

Hatip Dicle, der sich mit den Thesen Öcalans und der Demokratischen Autonomie tiefgehend befasst, erläutert dies so: „Der Demokratische Konföderalismus ist das politische Dach für den Aufbau einer ethischen und politischen Gesellschaft, welche vom Staat ausgehöhlt worden ist. Und der Aufbau dieser

demokratischen Gesellschaft bedeutet zugleich den Aufbau eines neuen demokratischen Lebens. Mit dem Nationalstaat ist die Herrschaft zu Allem geworden, während die Gesellschaft zu einem Nichts geworden ist. Daher bedeutet der Demokratische Konföderalismus, dass die Gesellschaft wiederaufsteht und die Herrschaft begrenzt und somit der Staat verkleinert wird. Die Demokratische Autonomie spiegelt genau dasselbe wider. Die Begriffe mögen unterschiedlich sein, ihr Inhalt ist derselbe.“

Auch die Organisierung der Demokratischen Autonomie hat ihre speziellen Eigenheiten. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von der des Staates und seiner Bürokratie. Sie kritisiert auch das realsozialistische Konzept, bei dem die Partei an die Stelle des Staates rückt. Die wichtigste Grundlage der Demokratischen Autonomie fußt in ländlichen Gebieten auf der Organisierung von Kommunen und in den Städten auf der Organisierung der Volksräte. Diese Räte finden sich auf nächster Ebene durch Delegierte in regionalen Räten und mit breiter Repräsentanz in Kongressen wieder. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass hierbei verschiedenste Gruppen repräsentiert werden und sie ihre Interessen vertreten können. Deswegen wird auch der Begriff der demokratischen Nation verwendet, der sich vom chauvinistischen Nationen-Begriff der Nationalstaaten abgrenzt. Die demokratische Nation schließt alle Gruppen mit ein.



Der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft, welcher die Demokratische Autonomie nach dem entwickelten Modell Öcalans ausgerufen hat, erklärte zu dem Lösungsprojekt:

1. Die Türkei muss tiefgreifende Reformen durchführen, um ihre politischen und institutionellen Strukturen zu demokratisieren.
2. Hierbei müssen das kommunale Mitsprache-recht und die kommunalen Entscheidungsbefugnisse gestärkt werden.
3. Um die demokratische Partizipation der Bevölkerung gewährleisten zu können, wird im kommunalen Bereich das Räte-system zur Grundlage genommen.
4. Unser Autonomieverständnis beruht nicht auf einer Ethnie oder auf einem bestimmten Territorium, sondern verteidigt das freie Mitsprache- und Entscheidungsrecht verschiedener kultureller Gruppen im Regionalen und Lokalen.
5. Neben der allgemeinen Gültigkeit der Amtssprache und der Fahne der türkischen Nation kann sich jede Region und autonome Einheit unter ihrer eigenen Fahne und ihrem eigenen Symbol selbst verwalten.
6. Die Leitung der autonomen Einheit erfolgt durch einen Regionalrat. Der Rat wählt seinen Sprecher und seine Verantwortlichen für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche, die gemeinsam den Exekutivrat bilden. Für die Mitglieder des Exekutivrates sind die Entscheidungen des Rates bindend.

7. Jede autonome Einheit wird nach der Region, in der sie sich befindet, oder nach der größten Stadt innerhalb ihrer Einheit benannt.

8. Im Modell der Demokratischen Autonomie sind die Gouverneure zwar weiterhin der Zentralregierung untergeordnet, gleichzeitig sind sie aber auch zur Ausführung der Entscheidungen des Regionalrates verpflichtet. Die lokalen Organisationen der Ministerien der Zentralregierung sind zu selbigem verpflichtet. Weitere kommunale Verwaltungseinheiten wie die Stadtverwaltung oder der Posten des Gemeindevorstehers bleiben unangetastet. ♦

aus: Kurdistan Report 157 September/Oktober 2011